

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu P-01

Von Zeile 59 bis 61:

Mit allem was wir haben kämpfen wir für Klimaschutz: Wir machen die Energiewende wieder flott, steigen bis 2025 aus der Kohle aus, und fördern das abgasfreie Auto alle Formen abgasfreier Mobilität. Wir gestalten eine innovative Wirtschaft, die mit "Öko - Made in Germany" Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft

Begründung

1. Die letzte BDK hat den Kohleausstieg 2025 mit gutem Grund beschlossen. Außerdem fordern wir 100% Ökostrom bis 2030 – das geht nicht, wenn wir erst 2037 aus der Kohle aussteigen. Der programmierte Tod des größten Korallenriffs der Erde, des Great-Barrier-Reefs, erinnert uns daran, dass wir bereits mitten in der Phase katastrophaler Naturzerstörung durch den Klimawandel eingetreten sind. Wer hier noch mit „Planungssicherheit für die Industrie“ oder „Arbeitsplätzen“ argumentiert, wo die schiere Existenz von Millionen Menschen bedroht ist und auch auf die deutsche Gesellschaft immense und kaum abschätzbare Folgekosten zukommen, verkennt die Dimensionen der jeweiligen Probleme und ist realitätsblind.
2. Mit der einseitigen Nennung des abgasfreien Autos an dieser prominenten Stelle wird suggeriert, der motorisierte Individualverkehr könne mit ausgewechseltem Antrieb einfach so weiter machen. Das ist aber – wie auch der Blick in unser Verkehrsprogramm zeigt – nicht der Ansatz grüner Politik, weil Millionen und Abermillionen von E-Autos auch nicht wirklich ökologisch sind. Bei der Gewinnung der Rohstoffe für Batterie und Elektromotoren (z.B. Lithium, seltene Erden) werden massive Umweltschäden zu erwarten sein. Auch die Produktion der Batterien ist (noch) extrem energieaufwändig. Der ökologische Rucksack eines Elektroautos ist eben auch nicht berühmt.
3. Der Flächenverbrauch durch Autos ist ein Umweltproblem, dass sich auch nicht dadurch ändert, dass Autos elektrisch fahren. Nimmt man es genau, muss man hier auch die Flächen mitberücksichtigen, auf denen die Windräder und Solarzellen stehen, die erst den Strom für den etwas umweltfreundlicheren Antrieb liefern.
4. Letztlich muss daher grüne Politik sein, Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenzuführen, gerade in den Städten Fahrrad, ÖPNV und Fußwege zu fördern und der Dominanz des MIV bzw. des Autos wegzukommen. E-Busse oder E-Schienefahrzeuge sind nach wie vor erheblich umweltfreundlicher als E-Autos.
5. Natürlich setzen wir uns für das E-Auto ein, weil es etwas umweltfreundlicher ist als der Verbrennungsmotor und die technologische Entwicklung seine Vorteile noch vergrößern kann. Die Autokonzerne werden aber trotzdem – wenn wir unsere grüne Verantwortung ernst nehmen und Umweltschutz nicht nur ein Marketing-Gag ist – nie wirklich unsere natürlichen Verbündeten sein können, weil wir ihren Absatz aus guten Gründen einschränken werden – als unvermeidliche Konsequenz echter grüner Verkehrspolitik. Umsatz- und Gewinneinbußen wird aber kein Vorstandsvorsitzender eines Autokonzerns seinen Aktionären „verkaufen“ wollen. Also sollten wir uns auch im Dialog mit der Autoindustrie nicht Rollenträgern anbieten, die aufgrund ihrer Rolle unsere Glaubwürdigkeit beschädigen und unsere Ziele immer hintertreiben werden müssen.